

1 **Ar-14**
2 **Antragsteller: UB Dortmund**
3
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
5
6 **Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen**
7
8
9 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge
10 zu tragen, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen zügig erleichtert werden,
11 auch gegen den Willen der Arbeitgeberverbände. Die
12 SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dies zu unterstützen oder durch einen eigenen Gesetzesentwurf
13 zügig in die Wege zu leiten. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für den Einzelhandel
14 hat dabei höchste Priorität.
15
16
17
18
19 **Begründung**
20 Bereits im Jahr 2017 hat die Gewerkschaft ver.di die
21 Kampagne „Einer für alle“ gestartet und auch medienwirksam auf die Missstände im Einzelhandel
22 hingewiesen.
23 Die Mehrzahl der Beschäftigten im Einzelhandel, nämlich 70%, sind Frauen. Zumeist sind sie in Teilzeit
24 beschäftigt oder als sog. „geringfügig Beschäftigte“ (450,00 Euro Jobs) eingesetzt. 2/3 der Beschäftigten im
25 Einzelhandel waren im Jahr 2017 derartig angestellt. Zunehmend ist darüber hinaus festzustellen, dass einzelne
26 Bereiche durch Werkverträge ausgelagert werden, so zum Beispiel durch die sog. Regalauffüllerfirmen. Neben
27 der Arbeitsverdichtung durch immer größer zu betreuende Flächen durch jede und jeden Einzelnen ArbeitnehmerIn
28 im Einzelhandel, durch die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten bis weit in die Abendstunden
29 auch am Wochenende, wird der Konkurrenzdruck der Unternehmen einzig und allein auf dem Rücken der
30 ArbeitnehmerInnen ausgefochten. Das Argument, dass der online – Handel Existenzen im Einzelhandel
31 ansonsten bedrohen würde, mag in Einzelfällen sogar zutreffen. Nicht wenige der Unternehmen sind aber selbst im
32 online- Handel aktiv.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44 Entsprechend absehbar ist schon heute, dass die Mehrzahl der Beschäftigten nicht nur von Altersarmut
45 bedroht sind, sondern diese tatsächlich für sie eintreten wird, zumal zunehmend Unternehmen aus dem Tarif
46 flüchten und Mitbestimmung unterbinden.
47
48
49
50 Schon heute sind viele der Beschäftigten im Einzelhandel sog. „Aufstocker“ oder wohngeldberechtigt.
51 Geiz mag geil sein; am Ende aber zahlt die Allgemeinheit für die Gewinnmaximierung der immer weiteren
52 Konzentration auf wenige Großunternehmen.
53 Daher ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge – nicht nur im Einzelhandel – auch gegen
54 den Willen der Arbeitgeberverbände ein wirksames Mittel, um diese Missstände zu beheben.
55
56
57
58

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt

Erledigt durch Annahme von L-01